

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Sozialausschusses Nr. II/2003,
am 21.05.2003, 15:00 Uhr
Ort: Volkshochschule, Wehringhauser Str. 38 (Villa Post)

Anwesend waren:

a) die Mitglieder des Rates

Frau Oestereich als Vorsitzende
Frau Bada-Huschka
Frau Dannert
Frau Kurte
Frau Kuschel
Herr Röspel
Frau Huvers
Herr Schellhorn
Herr Söhnchen
Herr Timm
Herr Dücker

b) die Ausschussmitglieder

Herr Kohaupt
Herr Stacheter
Herr Meier

c) die stellv. Ausschussmitglieder

Herr Halbeisen

d) sachkundige Einwohner

Herr Haensel
Herr Puder
Frau Schmidt
Herr Denecke

e) von der Verwaltung

Herr Dr. Schmidt	Dezernat für Umwelt, Gesundheit, Jugend, Soziales und Verbraucherschutz
Herr Steuber	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Reichert	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Stüwe	Fachbereich Jugend und Soziales
Frau Kreiß	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Groening	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Oestreicher	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Verrieth	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Koch	Stadtkämmerei
Frau Ellinghaus	Stadtkämmerei
Herr Dieckmann	Amt für Wohnungswesen
Herr Dr. Bent	Gesundheitsamt
Frau Dr. Specht	Gesundheitsamt
Herr Schrage	Gesundheitsamt

f) Frau Liley als Schriftführerin

Inhaltsverzeichnis:

TOP	Stichwort	
1.	Mitteilungen	S. 4
2.	Neubestellung des/der Schriftführers/in	S. 4
3.	Haushaltsplanberatungen 2003/2004	S. 4- 9
4.	Reduzierung des Zuschusses der Bundesanstalt für Arbeit – Auswirkungen auf die Trägerebene und benachteiligte Personengruppen - Bericht eines Vertreters des Arbeitsamtes	S. 10
5.	Wohnungsmarktbeobachtung Hagen 2002 / Stimmungsbarometer 2002	S. 10/11
6.	1. Übernahme der Patenschaft durch den Oberbürgermeister der Stadt Hagen für die „Freiwilligenzentrale Hagen – Verein zur Förderung des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements in Hagen e. V.“ 2. Benennung eines Vertreters der Stadt Hagen (kooptiertes Vorstandsmitglied) 3. Finanzierung der Freiwilligenzentrale im Rahmen der Budgetverträge mit der freien Wohlfahrtspflege	S. 11/12
7.	Ältere Migranten in Hagen – Bericht der Verwaltung	S. 12
8.	Wasserband vor dem „Blauen Haus“ – Beschluss des Behindertenbeirates vom 13.02.2003	S. 12/13
9.	Zuleitung der Empfehlungen und Stellungnahmen der Hagener Gesundheitskonferenz 1999 – 2002	S. 13
10.	Anfragen der Mitglieder des Sozialausschusses gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	S. 13

Frau Oestereich eröffnet die Sitzung um 15.05 Uhr.

1. Mitteilungen

Herr Steuber teilt mit, dass die angestrebte gemeinsame Anlaufstelle für Arbeitslose unter 25 Jahren, die sowohl Leistungen vom Arbeitsamt als auch vom Fachbereich bekämen, wegen der zu erwartenden gesetzgeberischen Aktivitäten, zunächst nicht eingerichtet werde. Man werde jedoch in Form einer Intensivierung der Kooperation gemeinsam über Fälle sprechen, die in beiden Leistungssystemen betreut würden. Es sollen konkrete Gespräche mit Vertretern des Fachbereichs, des Arbeitsamtes und den Klienten selbst stattfinden. Sobald klar sei, was der Gesetzgeber vorsehe, könne über andere Lösungen nachgedacht werden.

Das Gesundheitsamt werde vor Ort die medizinische Betreuung der Obdachlosen in der Tuchmacherstraße übernehmen, erklärt Herr Dr. Bent. Wie sich diese Betreuung mittel- bis langfristig organisieren lasse, müssten die weiteren Gespräche ergeben. Er gehe davon aus, dass die medizinische Betreuung ab 01.06.2003 erfolgen könne, mit einem zeitlichen Rahmen von 1 – 2 Stunden wöchentlich.

Frau Kreiß teilt mit, dass es eine neue Entscheidung des OVG Münster gebe, wonach der Anspruch auf Pflegegeld nicht mehr nur einkommensabhängig, sondern auch vermögensabhängig sei. Dieses Urteil werde ab sofort umgesetzt, da das OVG eine Revision zum Bundesverwaltungsgericht nicht zugelassen habe.

2. Neubestellung des/der Schriftführers/in

Frau Oestereich stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Sozialausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates zum Schriftführer Herrn Matthias Meisborn

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Haushaltsplanberatungen 2003/2004

Herr Dr. Schmidt erläutert kurz die Situation und schildert den weiteren zeitlichen Ablauf der Haushaltsberatungen.

Herr Oestreicher teilt mit, dass der Seniorenbeirat und der Behindertenbeirat den Entwurf bereits beraten hätten und den Vorstellungen der Verwaltung gefolgt seien. Vom Ausländerbeirat liege nichts vor. Er verweist auf die Veränderungsliste und erklärt, dass es bei etlichen Haushaltsstellen aus verschiedenen Gründen noch Gesprächsbedarf gebe und eventuelle Änderungen direkt dem HFA vorgelegt würden.

Frau Oestereich ruft die einzelnen Unterabschnitte auf.

Verwaltungshauhalt

Unterabschnitt 4000 Allgemeine Sozialverwaltung
 Änderungen lt. Anlage bei der Haushaltsstelle
 656 00102 Aufwendungen Widerspruchsberatungen

Frau Kuschel bittet um Angabe der Gründe für die Erhöhung des Ansatzes Personalausgaben.

Herr Groening erklärt, dass es hierfür verschiedene Ursachen gebe, es seien fünf überplanmäßige Mitarbeiter im Bereich der Grundsicherung eingesetzt, weiter gebe es eine Umbuchung für weitere 5 Mitarbeiter aus den Unterabschnitten 4360 (soziale Einrichtungen für Aussiedler) und 4370 (soziale Einrichtungen für Asylbewerber). Dies sei eine vorbereitende Maßnahme zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung. Weitere Punkte seien Zuschläge für Beihilfen für Beamte und Versorgungsbezüge für Beamte, die zentral von 18 umgelegt würden.

Zur Haushaltsstelle Zuweisung für die Betreuung von Asylbewerbern teilt Herr Stüwe auf Nachfrage von Herrn Kohaupt mit, dass das Land für die Betreuung und Versorgung von Asylbewerbern Leistungen erbringe, und zwar bis zu 4 Monate nach Abschluss des Asylverfahrens. Danach sei keine Refinanzierung über das Land mehr möglich.

Unterabschnitt 4050 Zentrale Fachstelle für Wohnraumversorgung und –sicherung
 Unterabschnitt 4060 Verwaltung des Wohngeldes
 Unterabschnitt 4080 Versicherungsangelegenheiten
 Unterabschnitt 4090 Lastenausgleichsamt
 Unterabschnitt 4100 Hilfe zum Lebensunterhalt
 Änderungen lt. Anlage bei den Haushaltsstellen
 171 00508 LZ ASS-Nachfolgeprogramm (2002-04)
 245 00008 Leistungen Sozialleistungsträger
 732 00204 Programm arbeitslose Sozialhilfeempfänger

Frau Kuschel bittet um Mitteilung, warum der Ansatz Hilfe zur Arbeit (Beschäftigungsgesellschaft) in den Jahren 2003 und 2004 gleichbleibend sei.

Frau Oestereich erklärt hierzu, dass Sozialausschuss und Rat diesen Betrag so beschlossen hätten.

Herr Röspel verweist auf die Erhöhung der laufenden Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit) und bittet um Erläuterung, ob dies auf die Erhöhung von Fallzahlen zurückzuführen sei oder auf prozentuale Erhöhungen.

Eine Steigerung der Fallzahlen sei hier nicht einkalkuliert, teilt Herr Oestreicher mit, vielmehr ergebe sich die Erhöhung des Ansatzes aus der Regelsatzerhöhung und daraus, dass die Mittel aus dem Unterabschnitt 4270 sonstige Ausländer (ohne Asylbewerber) hierhin verlagert worden seien.

Herr Steuber erläutert in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Fallzahlen in den letzten Jahren.

Unterabschnitt 4110 Hilfe zur Pflege

Herr Röspel bittet um Auskunft, aus welchen Gründen das Pflegewohngeld nicht in diesem Unterabschnitt verbucht werde und weshalb sich die Erstattung des Landschaftsverbandes (übertragene Hilfen nach Satzung) so verringert habe.

Hierzu erklärt Herr Oestreicher, dass das Wohngeld aufgrund der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes nicht in diesem Unterabschnitt zu finden sei. Die Stadt habe ab 2004 die Hilfe zur Pflege für die über 65-Jährigen voll zu zahlen.

Unterabschnitt 4120 Eingliederungshilfe für Behinderte

Frau Oestreich bittet um Erläuterung der Haushaltsstelle Hilfe zur Berufsausbildung/fortbildung, Arbeitsplatzbeschaffung, die mit 0 Euro veranschlagt sei.

Herr Oestreicher verweist auf den vorhandenen Deckungskreis und darauf, dass seit Jahren keine Anträge gestellt wurden.

Unterabschnitt 4130 Krankenhilfe u.a.

Unterabschnitt 4140 Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen

Unterabschnitt 4200 Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Die von Herrn Kohaupt angesprochene Pressemitteilung über die Erstattungen des Landes an die Gemeinde Schalksmühle sei falsch, erklärt Herr Dr. Schmidt.

Herr Stüwe ergänzt, dass die Erstattungen an Schalksmühle auf die Rechtsprechung des OVG Münster zurückzuführen seien, wonach einzelne Personen nachgemeldet werden konnten und hierfür eine Erstattung erfolge. Diese Möglichkeit werde derzeit für Hagen geprüft.

Herr Röspel bittet um Angabe der Zahl der Asylbewerber, die in diesem Jahr nach Hagen gekommen seien.

Bis April 2003 seien, so berichtet Herr Stüwe, 19 Asylbewerber Hagen zugewiesen worden. Dies liege daran, dass das Aufnahmesoll seit Herbst letzten Jahres erfüllt sei. Für das gesamte Jahr 2003 werde mit einer Zuweisung von unter 100 Personen gerechnet.

Unterabschnitt 4270 Sonstige Ausländer (ohne AsylbLG)

Unterabschnitt 4310 Soziale Einrichtungen für Ältere

Unterabschnitt 4320 Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen (BSH)

Unterabschnitt 4340 Betreuungsstelle Haftentlassene

Änderung lt. Anlage bei der Haushaltsstelle

171 00002 LZ Haftentlassenenhilfe

Herr Steuber führt aus, dass man aufgrund der Reduzierung des Landeszuschusses Gespräche führe, ob die gesamte Aufgabe nicht in andere Trägerschaft gegeben werden oder sogar das Angebot insgesamt in Hagen reduziert werden könne. Die Frage werde auch sein, inwieweit man den Zuschuss absenken könne ohne dass damit eine Zuschussgefährdung einhergehe und wie man darauf zu reagieren habe.

Unterabschnitt 4350 Städtisches Asyl – Einrichtung für Wohnungslose –
Auf Nachfrage von Herrn Kohaupt teilt Herr Oestreicher mit, dass Gas, Wasser und Strom bisher vom EDH gezahlt wurden und diese Ausgaben nun hier zu veranschlagen seien.

Zur Verringerung des Ansatzes der Personalausgaben entwickelt sich eine Diskussion an der sich Frau Oestereich, Herr Groening, Herr Steuber, Herr Koch und Herr Halbeisen beteiligen. Herr Steuber schlägt vor, den Bedarf noch einmal zu prüfen. Das Ergebnis ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Unterabschnitt 4360 Soziale Einrichtungen für Aussiedler

Unterabschnitt 4370 Soziale Einrichtungen für Asylbewerber

Unterabschnitt 4380 Obdachlosenunterkünfte

Unterabschnitt 4400 Kriegsofferfürsorge nach dem BVG – örtlicher Träger –

Unterabschnitt 4430 Kriegsofferfürsorge nach dem SVG – örtlicher Träger –

Unterabschnitt 4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Unterabschnitt 4700 Förderung der Wohlfahrtspflege

Änderung lt. Anlage bei den Haushaltsstellen

171 00000 LZ Haftentlassenenhilfe

718 00008 Streetworker (DW)

Herr Schellhorn verweist auf die Erläuterung zur Haushaltsstelle Streetworker (DW), in denen auf § 81 GO hingewiesen werde und bittet um Angabe des Inhalts dieser Bestimmung und um Erklärung des Ansatzes von 0 Euro.

Herr Koch teilt mit, dass § 81 GO für Gemeinden ohne genehmigten Haushalt gelte. Danach werde vorgeschrieben, dass diese Gemeinden nur die Ausgaben leisten dürften, die zur Weiterführung bestehender Aufgaben unaufschiebbar seien; im Umkehrschluss also keine neuen Aufgaben übernommen werden dürften.

Herr Schellhorn folgert daraus, dass der politische Wille hier nicht beachtet werde.

Frau Oestereich führt aus, dass der Beschluss hinsichtlich des Einsatzes eines Streetworkers gefasst wurde, bevor es zur vorläufigen Haushaltsführung kam. Die Zusage sei erforderlich gewesen, da ein Landeszuschuss beantragt werden sollte. Da im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung freiwillige Leistungen nicht übernommen werden könnten, sei im Sozialausschuss und HFA noch einmal beschlossen worden, die gegebene Zusage einzuhalten. Es sei daher entweder der Beschluss des HFA zu beanstanden oder aber bei der Haushaltsstelle ein Hinweis auf die vorläufige Haushaltsführung anzubringen, keinesfalls sei der Ansatz auf 0 Euro zu setzen.

Herr Koch teilt mit, dass der Beschluss des HFA in die Veränderungsliste eingeflossen und der Ansatz für 2002 mit 11.760 Euro angegeben worden sei. Für 2002 seien keine Mittel geflossen, da die Regelungen des § 81 GO gegriffen hätten. Der Rat könne das nicht ändern, da er mit seinen Beschlüssen nicht die Regelungen des § 81 GO außer Kraft setzen könne.

Frau Oestereich hält den Ansatz von 0 Euro für nicht richtig, da im Falle eines genehmigten Haushalts der Ansatz auf 0 Euro stehe und keine Gelder fließen könnten.

Herr Koch meint, dass es für 2003 sicherlich keinen genehmigten Haushalt geben werde. Für 2004 könne bei erteilter Genehmigung nur dann Geld fließen, wenn ein Ansatz vorhanden sei.

Herr Oestreicher erklärt, für 2004 könne der Betrag über die Veränderungsliste veranschlagt werden. Er stellt klar, dass der HFA den Ansatz im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in die Veränderungsliste aufgenommen hatte, der Rat jedoch den Haushalt nicht mehr beschlossen habe.

Frau Oestereich fasst zusammen, dass für den Fall eines genehmigten Haushalts demzufolge über die Veränderungsliste 2003 der Ansatz wieder eingestellt werden müsse. Sie stellt daher folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Sozialausschuss beschließt bei der Haushaltsstelle 4700 718 00702 Streetworker (DW) für 2003 Mittel in Höhe von 11.760 Euro bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt bei einer Enthaltung

Unterabschnitt 4850 Vollzug des Grundsicherungsgesetzes

Nach Aussage von Herrn Oestreicher ist der Betrag von 7 Mill. Euro als Erstattung Grundsicherung durch den Bund nicht Meinung des Fachbereichs. Der vom Bund festgesetzte Erstattungsbetrag werde prozentual auf die Länder verteilt, die dann entsprechende Erstattungen an die Kommunen vornähmen. Die Höhe dieser Erstattung sei daher nicht vorhersehbar.

Herr Dücker bittet um Mitteilung der Auswirkungen bei höheren Ausgaben.

Hierzu teilt Herr Oestreicher mit, dass es sich bei der Grundsicherung um eine gesetzliche Aufgabe handele, so dass diese Zahlungen auf jeden Fall zu leisten seien.

Unterabschnitt 4860 Vollzug des Betreuungsgesetzes

Unterabschnitt 4900 Krankenversorgung nach § 276 LAG

Unterabschnitt 4910 Stadtteilbezogenes integriertes Handlungskonzept

Unterabschnitt 4980 Sonstige soziale Angelegenheiten - örtlicher Träger-

Unterabschnitt 5000 Gesundheitsamt, Medizinalaufsicht

Unterabschnitt 5400 Beratungsstellen

Frau Oestereich bittet um Erläuterung der Position Zuschüsse an Dritte.

Lt. Herrn Schrage handelt es sich hierbei um die Zuschüsse an verschiedene Träger, z. B. AIDS-Hilfe, Schwangerschaftshilfe usw.

Unterabschnitt 5440 Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/Innen

Änderung lt. Anlage bei der Haushaltsstelle

570 00003 Verbrauchsmaterial/Betriebsausgaben

114 00001 Teilnehmerbeiträge

Zur Haushaltsstelle Verbrauchsmaterial/Betriebsausgaben teilt Herr Schrage mit, dass der Ansatz auf 2.000 Euro gesenkt werden könne, der Rest werde von den Apothekern übernommen. Im Bereich der Teilnehmerbeiträge sei mit einer Erhöhung des Ansatzes auf 120.000 Euro zu rechnen. Der Zuschussbedarf ändere sich daher für 2003 von 61.256 Euro auf 59.256 Euro und für das Jahr 2004 von 61.725 Euro auf 47.725 Euro.

Zum Abschluss der Beratungen über den Verwaltungshaushalt stellt Frau Oestereich die Frage nach dem gemeinsamen Vorgehen.

Herr Schellhorn (SPD) hat aus fachlicher Sicht keine Bedenken, dem Haushalt zuzustimmen.

Herr Halbeisen bittet um Auskunft, inwieweit durch das Berger Gutachten noch Auswirkungen zu erwarten seien.

Frau Oestereich teilt mit, dass hierzu heute noch keine Angaben gemacht werden könnten und schlägt vor, den veranschlagten Haushalt so zu beschließen.

Herr Röspel (CDU) stimmt dem zu.

Frau Oestereich stellt den Verwaltungshaushalt 2003 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Oestereich stellt den Verwaltungshaushalt 2004 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 4320 Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen (BSH)

Unterabschnitt 4360 Soziale Einrichtungen für Aussiedler

Unterabschnitt 4700 Förderung der Wohlfahrtspflege

Änderung lt. Anlage bei der Haushaltsstelle

988 00008 Investitionskostenzuschuss für ambulante Pflegedienste

Unterabschnitt 5000 Gesundheitsamt, Medizinalaufsicht

Herr Dr. Bent teilt mit, dass der Ansatz gestrichen werden könne, da die Geräte nicht angeschafft werden müssten. Es hätten sich Kollegen gefunden, die mit ihrem Gerätepark diese Untersuchungen durchführen könnten.

Frau Oestereich stellt den Vermögenshaushalt 2003 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Oestereich stellt den Vermögenshaushalt 2004 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Sodann stellt sie das Investitionsprogramm zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Reduzierung des Zuschusses der Bundesanstalt für Arbeit – Auswirkungen auf die Trägerebene und benachteiligte Personengruppen
 - Bericht eines Vertreters des Arbeitsamtes Hagen

Frau Oestereich begrüßt die Vertreter des Arbeitsamtes, Frau Heck und Herrn Grün und führt aus, dass Anlass für diese Einladung die Sorge um die berufsvorbereitenden Maßnahmen und die Versorgung behinderter Menschen in Werkstätten gewesen sei. Es liege dem Ausschuss daran, die Sichtweise des Arbeitsamtes hierzu unter Berücksichtigung der erheblichen Leistungskürzungen zu erfahren.

Zunächst gibt Frau Heck einen Überblick über die Ziele der Bundesanstalt für Arbeit und ihre konkrete Umsetzung im Arbeitsamt Hagen und skizziert die augenblickliche Ausbildungsmarktsituation. Sie bestätigt die Erhöhung der berufsbildenden Maßnahmen um 30 Plätze und dass die Benachteiligtenförderung im Vorjahresumfang fortgesetzt werde. Gleichzeitig teilt sie den Beginn des Projektes „Tanja“ ab 01.10.2003 mit, bei dem Jugendliche mit Defiziten in 10 Monaten eine Teilzertifizierung erhalten könnten; vorgesehen seien 72 Plätze.

Herr Grün führt aus, dass es einen Mehrbedarf im Rahmen der Benachteiligtenförderung gebe, der aber durch den Nachtragshaushalt und die dadurch zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel zumindest im Vorjahresumfang gedeckt werden könne.

Frau Oestereich dankt für die Ausführungen und freut sich darüber, dass zumindest für ein weiteres Jahr die Fortführung der Projekte für benachteiligte und behinderte Menschen gesichert sei.

Unterbrechung der Sitzung um 16.40 Uhr
 Fortsetzung der Sitzung um 16.55 Uhr

5. Wohnungsmarktbeobachtung Hagen 2002 / Stimmungsbarometer 2002

Herr Dieckmann erläutert die Berichte zur Wohnungsmarktbeobachtung und zum Stimmungsbarometer 2002.

Herr Halbeisen regt an, Kooperationsverträge mit den Wohnungsgesellschaften zu schließen, um die Belegung von Wohnungen flexibler gestalten zu können.

Herr Dieckmann teilt mit, dass das Wohnungsbauförderungsgesetz solche Kooperationsverträge vorsehe, die Hagener Wohnungsunternehmen bisher jedoch nicht bereit gewesen seien, auf solche Verträge einzugehen.

Herr Halbeisen meint, dass die Umlandwanderung, also der Wegzug von Hagen, bedeutungsvoll zu sein scheine.

Hierzu führt Herr Dieckmann aus, dass der Wanderungsverlust nicht nur Hagen, sondern alle Großstädte in unterschiedlichem Maße betreffe und die Gründe dafür sehr vielschichtig seien.

Nur ein geringer Teil habe den Wunsch, sich außerhalb Wohnungseigentum zu verschaffen. Umfragen hätten ergeben, dass nur ein Drittel der Hagener die weggezogen seien, sich im Umland mit Wohnraum versorgt hätten. Zum Hinweis von Herrn Meier, dass es interessant sein könne, einzelne Stadtgebiete zu betrachten, teilt Herr Dieckmann mit, dass eine solche Betrachtung mit erheblichem Aufwand verbunden sei.

Es entwickelt sich eine Diskussion über die Notwendigkeit der Beteiligung an wohnungspolitischen Gesprächen, über die Finanzierbarkeit von möglichen Steuerungsmaßnahmen, über die Bereitschaft der Eigentümer zu investieren und die Schwierigkeiten, die in Bezug auf potentielle Mieter zu befürchten seien. An dieser Diskussion beteiligen sich Herr Dieckmann, Herr Meier, Frau Oestereich, Herr Röspel, Herr Stacheter und Herr Halbeisen.

Frau Oestereich empfiehlt, die wohnungspolitischen Gespräche seitens der Politik wahrzunehmen und diese im politischen Raum zu diskutieren. Sie stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Berichte zur Wohnungsmarktbeobachtung Hagen 2002 und zum Stimmungsbarometer 2002 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **1. Übernahme der Patenschaft durch den Oberbürgermeister der Stadt Hagen für die „Freiwilligenzentrale Hagen – Verein zur Förderung des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements in Hagen e. V.“**
- 2. Benennung eines Vertreters der Stadt Hagen (kooptiertes Vorstandsmitglied)**
- 3. Finanzierung der Freiwilligenzentrale im Rahmen der Budgetverträge mit der freien Wohlfahrtspflege**

Frau Oestereich schlägt vor, den Beschluss ohne weitere Diskussion zu fassen, da die Vorlage zwischen den Beteiligten so ausgehandelt worden sei, damit sie haushaltstechnisch umgesetzt werden könne. Sie stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Rat der Stadt Hagen begrüßt die Übernahme der Patenschaft des Oberbürgermeisters für die „Freiwilligenzentrale Hagen – Verein zur Förderung des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements in Hagen e. V.“ Mit der Übernahme der Patenschaft wird keine Vereinsmitgliedschaft begründet.**
- 2. Als Vertreter der Stadt Hagen (kooptierte Mitgliedschaft im Vorstand des Vereins) werden Herr Jürgen Peter Nestmann, Leiter des Amtes für Weiterbildung und Medien, zu seinem Stellvertreter Herr Gerhard Steuber, Leiter des Fachbereiches Jugend und Soziales, benannt.**

- 3. Der Rat der Stadt erklärt sein Einverständnis, dass die Träger der Freiwilligenzentrale (Wohlfahrtsverbände) durch Umschichtung in den bestehenden Budgetverträgen die Finanzierung der Freiwilligenzentrale im Umfang der erforderlichen Mittel vom 17.500 € bis zu einer vollständigen Refinanzierung durch bürgerschaftliches Engagement sicherstellen.**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt bei einer Enthaltung

7. Ältere Migranten in Hagen – Bericht der Verwaltung

Herr Verrieth erläutert die Vorgehensweise zur Befragung älterer Ausländer in Hagen und fasst die einzelnen Ergebnisse zusammen. Er ist der Auffassung, dass für die ältere Generation zunächst keine migrantenspezifischen Angebote erforderlich seien.

Herr Kohaupt ist erstaunt, dass z. B. bei den Griechen die sozialen Leistungen so wenig bekannt seien, denn gerade für diese Gruppe habe er Vorträge zur Pflegeversicherung gehalten.

Herr Dücker meint, dass liege einerseits an den Sprachbarrieren und andererseits am fehlenden Bedarf, da noch funktionierende Familienverbände vorhanden seien.

Frau Oestereich schlägt vor, den letzten Absatz des Ergebnisprotokolls zum Beschluss zu erheben.

Herr Söhnchen hält diesen Vorschlag für sinnvoll, bittet aber um Rückmeldung der einzelnen Bereiche an den Sozialausschuss.

Frau Oestereich stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Befragungsergebnisse in den Arbeitsgemeinschaften der Verbände, in der Offenen Altenarbeit, bei den ambulanten Diensten, in der Tagespflege, bei den Heimleitertreffen, im Senioren- und Ausländerbeirat bekannt zu geben. Über die Ergebnisse der dort durchgeführten Diskussionen ist der Sozialausschuss anschließend zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Wasserband vor dem „Blauen Haus“ – Beschluss des Behindertenbeirates vom 13.02.2003

Frau Oestereich verweist auf den Beschluss des Behindertenbeirates und bittet um Mitteilung, wie es zu diesem Beschluss gekommen sei.

Herr Meier, Mitglied im Behindertenbeirat, weist darauf hin, dass der Behindertenbeirat erst in neuerer Zeit in die Planungen der Stadt einbezogen werde und gibt die Empfehlung, ggf. einen Termin vor Ort durchzuführen, um eine praktikable Lösung zu suchen.

Frau Oestereich wirbt um Verständnis füreinander und hält es für wichtig, die Empfehlung von Herrn Meier aufzugreifen.

Herr Röspel stimmt dem zu.

Frau Oestereich stellt Einvernehmen zu folgendem Beschluss fest:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Behindertenbeirat eine adäquate Lösung zu suchen.

9. Zuleitung der Empfehlungen und Stellungnahmen der Hagener Gesundheitskonferenz 1999 – 2002

Herr Dr. Bent teilt mit, dass der Bericht zukünftig jährlich vorgelegt werde.

Frau Dr. Specht stellt die wesentlichen Punkte der Arbeit der Gesundheitskonferenz vor. Sie verweist auf die Veröffentlichungen im Internet.

Frau Oestereich dankt für die geleistete Arbeit und stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hagen nimmt den Bericht der Verwaltung und die Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Anfragen der Mitglieder des Sozialausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

keine

Ende der Sitzung: 18.05 Uhr

Vorsitzende

Schriftführerin

Gesehen:

Fachbereichsleiter